

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.
Vertrieb Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißner.

Postkonto: Dresden 1590
Ciccolaffe Rieser Nr. 52.

Nr. 251.

Sonnabend, 25. Oktober 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages und bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundstifts-Zeile (6 Silben), 25 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife, dem üblichen Rabatt erlöschend, wenn der Betrag verhältnißmäßig durch die Menge der Aufträge erhöht wird. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ublemann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Auf Veranlassung der Süddeutschen Landwirtschaftskammer trat der Deutsche Landwirtschaftsrat am Freitag vormittag im Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrats in Berlin zu einer außerordentlichen Plenarversammlung zusammen. Von Reichsministern waren der Minister für Landwirtschaft und Ernährung Graf Raab und der Wirtschaftsminister Damm anwesend. Außerdem waren Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des Preussischen Landwirtschaftsministeriums und der Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerien von Preußen, Sachsen, Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin und Thüringen erschienen. Als Gäste waren Vertreter des Handels- und Industriezweiges sowie des Zentralverbands der Landarbeiter anwesend.

Der Vorsitzende, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats Dr. Wendt, betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß in der Folgezeit die Landwirtschaft gegenüber der Industrie vernachlässigt sei, daß die landwirtschaftlichen Betriebe nicht im richtigen Verhältnis zu den Preisen der Bedarfsmittel der Landwirtschaft stehen und daß vor allem ein kaufkräftiger Inlandsmarkt erhalten bleiben müsse. Redner sprach schließlich die Hoffnung aus ein gezieltes Zusammenarbeiten von Landwirtschaft und Industrie aus.

Reichsernährungsminister Graf Raab überbrachte die Grüße der Reichsregierung und führte aus, die Krise der Landwirtschaft sei augenblicklich noch durch die Kreditkrise verwickelt. Der Nationalismus, der bei uns noch in den Kinderjahren stehe (lebhaft Zustimmung), habe leider die Arbeit der wirtschaftlichen Helfers der Reichsregierung behindert. Zollvorsorge und Umgestaltung der Rentenbank seien durch die politische Krise vertagt worden, ebenso der Finanzansatz. Er wolle aber den Kopf nicht hängen lassen, er würde ein hundertmaliger Ernährungsminister sein, wenn er nicht auch ein passabler Landwirtschaftsminister sein wolle. In diesen Preisen habe die Landwirtschaft gar kein Interesse, weil sie wieder die landwirtschaftlichen Produktionsmittel verteuern. (Lebhaft Zustimmung.)

Zu dem ersten Thema der Tagung „Landwirtschaft und Handelspolitik“ lag eine Entschließung vor, in der u. a. Zoll- und verkehrspolitische Maßnahmen gegen den Wettbewerb von Ländern mit günstigeren Erzeugungsbedingungen verlangt werden, insbesondere durch Ausfüllung der Lücken im bisherigen Generaltariff und in den früheren Verträgen. Die landwirtschaftlichen Zölle müssen in angemessenem Verhältnis zu den Zöllen der industriellen Erzeugnisse stehen, die der Landwirtschaft als Betriebsmittel dienen oder die Preise von Betriebsmitteln beeinflussen. Die Landwirtschaft wolle sich grundsätzlich nicht als Kompensationsobjekt bei Handelsvertragsverhandlungen mitbrauchen lassen. Bei den neuen Vertragsverhandlungen dürften keine Bindungen von Zollhöhen erfolgen, das Deutsche Reich müsse sich vielmehr volle Freiheit in der Gestaltung seines autonomen Zolltariffs vorbehalten. Verkehrsrechtliche Vereinbarungen in den Handels- und Schiffsverträgen dürften keine Einfuhrerleichterungen nach sich ziehen. Diese Richtlinien wurden eingehend von dem Referenten Rittergutsbesitzer Graf Kestelring-Cameran, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, erläutert.

Als Korreferent widersprach der Direktor der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz Dr. Müller-Born der Ratifizierung des Handelsabkommens mit Spanien, da sich aus den Verhandlungen für Spanien große Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit Frankreich und Italien ergeben könnten, und verlangte einen Zollschutz für den deutschen Garten- und Weinbau.

Prof. Dr. Sering, der früher für Agrarzölle gewesen ist, nahm jetzt eine andere Stellung ein, da infolge des Krieges unter den veränderten Verhältnissen der Landwirtschaft durch andere Mittel geholfen werden müsse. Die deutsche Handelspolitik müsse darauf ausgehen, ein niedriges Preisniveau zu schaffen und könne die Agrarzölle fallen lassen, wenn gleichzeitig auch die Industriezölle fallen.

Darauf wurde die vom Ausschuss vorgelegte Entschließung gegen die Stimme des Geheimrats Sering angenommen; auch die Entschließung Dr. Müller-Karlstraße wurde unter Erweiterung auf den Obst- und Gartenbau angenommen.

Die Räumung der Kölner Zone.

Berlin. Das Interesse der Berliner diplomatischen Kreise konzentriert sich gegenwärtig auf die Vorbereitungen der Ende Dezember in Aussicht genommenen Konferenz der interalliierten Besatzungsmächte. Im Vordergrund dieser Konferenz steht die Frage der Räumung der Kölner Besatzungszone durch die englischen Truppen, die bekanntlich laut dem Versailler Vertrag am 10. Januar 1925 zu erfolgen hätte. Wie wir hierzu von bestinformierter Seite erfahren, besteht die Reichsregierung darauf, daß die Räumung der Kölner Zone am 10. Januar pünktlich erfolgt. Es besteht jedoch noch sehr wesentliche Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß England nur dann

Zu dem Thema „Landwirtschaft und Reichsverschönerungsbeschaffung“ lag eine Entschließung vor, die sich mit der Verteilung der aus der Inflationszeit stammenden Mittel bei den Unfallversicherungsrenten einverstanden erklärte, aber sich gegen die weitere Umgestaltung der Unfallversicherung aussprach, weil zurzeit der wirtschaftlichen Krise solche Neuerungen auf sozialpolitischem Gebiet unangebracht seien. Die Befassung der Landwirtschaft auf sozialpolitischem Gebiet habe die Leistungsfähigkeit fast schon überfordert. Weiter vermahnte sich die Entschließung gegen die geplanten zahlreichen Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen. Die Entschließung fordert endlich die Beschränkung des geplanten Gesekentwurfs auf die Umstellung des Rentenwesens auf Goldmark und Vertagung aller arundlegenden Reformen der Unfallversicherung bis zur Rückkehr normaler Zeiten, sowie Aufhebung der Verordnung vom 30. Oktober 1923, durch welche dem Reichsarbeitsminister die Ermächtigung zu tiefergehenden Eingriffen in die Organisation der Unfallversicherung angedehnt wurde. Diese Entschließung wurde nach ihrer Zustimmung durch Landesrat Schröder-Cassel und Reichspräsident a. D. Graf v. Helldorf-Berlin, welcher letzterer den Vorwurf zurückwies, daß die Landwirtschaft grundsätzlich Gegner der Sozialversicherung überhaupt sei, ohne Widerspruch angenommen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung „Landwirtschaft und Steuerreform“ erklärte Dr. Wittwer (Vater Landesbauernkammer) gegenüber der Behauptung, die Landwirtschaft habe in der Inflationszeit keine Steuern gezahlt und sei schuldenlos geworden, daß die gesamte Zwangsversteigerung eine soziale Befassung der Landwirtschaft gewesen sei, sodaß diese jetzt völlig von Vermitteln entblüht sei. Er erklärte sich gegen eine Flächensteuer und eine Produktionsmittelsteuer, verlangte aber eine Abgrenzung der Steuern für Reich, Länder und Gemeinden. Eine Abwälzung der Umsatzsteuer sei der Landwirtschaft nicht möglich, die Erbschafts- und Schenkungssteuer sei ungerecht, da das Vermögen der Bauern eine Erbschaftsgemeinschaft aller Familienmitglieder darstelle. Die außerordentliche Notlage der Landwirtschaft infolge der Mindernde erforderliche weitgehende Steuerermäßigung.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Deutschen Landwirtschaftsrats, Regierungspräsident a. D. Dr. Richter sah als Voraussetzung für eine nach allen Richtungen gerichtete Steuerreform die Bildung einer auf sichere parlamentarische Weisheit gestützten Regierung an, wünschte aber bis dahin ein Provisorium in der Steuerreformgebung, das die unentgeltlichen Härten derselben mildere. Eine einheitliche Bewertung des Grundbesitzes und eine bessere Berücksichtigung der Rentenbelastung der Landwirtschaft müsse Platz greifen.

In einer Entschließung forderte der Deutsche Landwirtschaftsrat für die Vermögenssteuer eine Anpassung an die tatsächlichen Ertragswerte durch eine weitestgehende Herabsetzung der Vermögenssteuerverwerte; als Grundlag für die künftige Gesetzgebung behauptete die Feststellung richtiger Ertragswerte unter maßgeblicher Mitwirkung von Sachverständigen. Für die Einkommensteuer forderte die Entschließung die Abnahme von der Einziehung der vierten Rate der Vorauszahlungen und Herabsetzung der dritten Rate. Die Einführung einer allgemeinen Normalertragsbesteuerung wird abgelehnt und die Wiedereinführung individueller Einkommenbesteuerung auf der Grundlage von Wirtschaftsjahr und Wachstumsvermögen verlangt, ferner Herabsetzung der Umsatzsteuer unter Freistellung des Eigenverbrauchs, Abnahme von weiteren Vorauszahlungen bei wesentlicher Schwächung des Umsatzes, Erleichterung in der Rentenabgabe, Berücksichtigung des Familienstandes bei allen Steuern und in Notgebieten Steuerermäßigungen.

In der Besprechung führte Ministerialdirektor Wopff vom Reichsfinanzministerium aus, daß die jetzigen Steuern höher seien, die zwar nicht von heute auf morgen geändert werden könnten, deren allzu große Härten aber schon gemildert werden. Den Notstandsbesitzern seien die Steuern gestundet oder sogar erlassen worden. Sobald es die Finanzlage gestatte, werde die Umsatzsteuer weiter ermäßigt werden.

Mit der einstimmigen Annahme der Entschließung schloß die Tagung des Landwirtschaftsrats.

zur Räumung Kölns bereit ist, wenn es dafür einen anderen Abschnitt des abgetretenen rheinischen Gebietes mit seinen Truppen besetzen kann. Nach englischer Auffassung würde der interalliierte Charakter der Besatzung vollständig aufhören, wenn England mit der Räumung der Kölner Zone ganz aus dem deutschen Besatzungsgebiet verschwindet. Die englische Regierung wünscht offenbar, daß ihr die Zone um Koblenz zur Besetzung durch die englischen Truppen überlassen wird. Ueber diese Frage werden demnächst Verhandlungen zwischen Frankreich und England stattfinden. Im Hinblick auf die Erörterung der Besatzungsfrage dürfte dann auf der bevorstehenden Dezemberkonferenz auch das Problem der Beendigung der interalliierten Militärkontrollen in Deutschland zur Erörterung gelangen.

Derriot als Friedensprophet.

Paris. (Funkdruck.) Unter dem Vorherrschaft von Derriot und in Anwesenheit Doumergues hat gestern in der Sorbonne eine Kundgebung für den Völkerverbund stattgefunden, in deren Verlauf die französischen Delegierten beim Völkerverbund sprachen. Ferner ergriff Derriot das Wort. Er sagte, bei der diesjährigen Tagung in Genf habe Frankreich nichts verloren, es habe vielmehr moralische Eroberungen gemacht, die auch ihren Wert hätten. Wie haben, fuhr Derriot fort, ein Protokoll unterzeichnet, das den anderen Staaten sagt: „Müsst ab und wir werden auch abtreten.“ Gründe wir, wenn wir können, die Vereinigten Staaten von Europa. Wenn wir das nicht können, so vereinigen wir wenigstens die Staaten guten Willens. Frankreich wird stets für den Frieden eintreten. Wir wünschen, daß unser Vaterland, welches das Wort der Anerkennung der Menschenrechte erhoben hat, auch das Land ist, das in einem nicht mehr fernem Zeitpunkt anrufen kann, man muß für alle Nationen auch das Recht der Völker proklamieren. Deutschland schwankt noch zwischen Frieden und Revanche. Es müsse selbst wählen. Frankreich aber werde seinen Idealen nachstreben. Es werde die unüberwindliche Gewalt der moralischen Kräfte nicht verkennen. Diese moralischen Kräfte seien es, die Belgien, England und Amerika im Kriege auf die Seite Frankreichs geführt hätten. Deutschland werde einen Fehler begehen, wenn es dabei verharre, sie zu misachten.

Stresemann über den deutschen Monarchismus und Frankreich.

Paris. Der Berliner Berichterstatter des „Petit Parisien“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann, in der dieser die Entspannung, die durch den Dawes-Plan nach der Londoner Konferenz eingetreten ist, als sehr greifbar bezeichnete.

Die französisch-deutschen Beziehungen

Hätten sich gebessert. Mit der fortschreitenden Klärung des Aufgabebereiches würden sie sich noch weiter bessern. Aber Stresemann beklagte sich darüber, daß man in Frankreich die deutsche Mentalität nicht versteht und sie bisher zu sehr durch die französische Brille sehe. Derriot habe gesagt, daß Deutschland ein Vertrauen einzuflößen, das verbrennen müsse, was es gestern angebetet habe. Dieser Bruch mit der Vergangenheit sei unumkehrbar. Während fünf Jahrhunderten habe die Hohenzollern-Dynastie Deutschland geschmiedet, und wo es früher eine Sandwüste gegeben, hätten die Hohenzollern einen mächtigen Staat von Weltgeltung geschaffen. In der augenblicklichen Stunde denke niemand außer einigen Exaltierten an die Wiedererrichtung der Monarchie. Viele Gründe verhinderten die Wiederherstellung des alten Regimes, ganz abgesehen von der internationalen Schwierigkeit. Dann gebe es noch die wahrhaftige Rivalität zwischen den Hohenzollern und den Wittelsbachern. Anherdem fehle es auch an geeigneten Kandidaten.

Trotzdem, sagt der Korrespondent des „Petit Parisien“ hier ein, soll Stresemann Reue für den Kronprinzen haben. (?) In den Nationalisten (gemeint sind wohl die Deutschnationalen) sehe Stresemann, abgesehen von einem rechten Flügel, der nach den Wahlen hinneige,

Keine Gegner der Erfindungspolitik.

und er wundere sich, daß in Frankreich die Voreingenommenheit gegen sie ebenso stark wie früher geblieben sei. Der Korrespondent sieht darin, daß Stresemann daran denke einen konservativen Block zu bilden.

Stresemann habe schließlich gesagt, daß, wenn Frankreich mit dem zusammenarbeiten wolle, was es an solchen aktiven Persönlichkeiten, an Besitzenden und Bestimmenden in Deutschland gäbe, dann müsse es sich für diejenigen Kreise interessieren, die in Deutschland die Hauptrolle spielen, müsse eine Fühlung nehmen mit Männern, die die Nation führen, d. h. mit Industriellen, Geschäftsleuten, Staatsmännern und den Intellektuellen, der Mehrheit nach Stresemann ins Lager der Volkspartei und der Deutschnationalen gehörten.

Dank an die Landräte und Oberbürgermeister des Regierungsbezirks Düsseldorf.

(Düsseldorf. In der sofort nach der Räumung der Städte Vohwinkel, Penney und Reichsdeich in Vohwinkel aufammenberufenen Versammlung der Dienstverwaltungen, der Landräte und Oberbürgermeister des Regierungsbezirks Düsseldorf nahm der stellvertretende Regierungspräsident Dr. Bergmann Anlaß, den Versammelten und durch sie der Bevölkerung die Glückwünsche der Staatsregierung, die die Presse bereits veröffentlicht hat, für die Befreiung von der Besatzung zu übermitteln. Gleichzeitig sprach er den besonders beteiligten Herren den Dank des Vaterlandes für die opferbereite Arbeit aus, die sie während der Besatzungszeit geleistet haben. Am Schluß der Versammlung dankte in ähnlicher Weise der Regierungsdirektor Gohse, der demnächst als Vizepräsident seinen Dienst an der Regierung in Köln antritt, den Landräten und den Oberbürgermeistern für die vorbildliche Zusammenarbeit der leitenden Beamten der Landkreise, der Städte und des Bezirks während der vergangenen Jahre.